

# Lebenschancen und der Vorsorgende Sozialstaat

Rede von Matthias Platzeck, Potsdam 6. November 2006

Anrede,

wenn es um den Sozialstaat geht, dann stehen sich in Deutschland üblicherweise zwei Gruppen sehr unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die den Sozialstaat aus ideologischen Gründen grundsätzlich ablehnen und auf ein Minimum zurückstutzen wollen. Ihnen gegenüber stehen die anderen, die unseren bestehenden deutschen Sozialstaat verbissen verteidigen - und zwar umso verbissener, je heftiger er von seinen Gegnern attackiert wird.

Ich möchte hier gleich zu Beginn meiner Rede ein Bekenntnis ablegen: Mit meinem Herzen war ich, bin ich und werde ich immer auf der Seite derjenigen stehen, die den Sozialstaat verteidigen. Der Sozialstaat europäischer Prägung, erkämpft im 19. Jahrhundert und ausgebaut im 20. Jahrhundert, ist eine großartige zivilisatorische Errungenschaft.

Blickt man zurück auf das vielfältige Grauen des vergangenen Jahrhunderts - all die Krisen, Diktaturen, Kriege, Völkermorde oder Todesstreifen -, dann ist der Sozialstaat ganz sicher das kostbarste und beste Erbe, das uns dieses Zeitalter hinterlassen hat. Geben wir in Deutschland und Europa den Sozialstaat auf, dann geben wir uns selber auf - das ist meine tiefe Überzeugung.

Aber: Aus dieser Überzeugung erwächst eine große Verantwortung. Wer den Sozialstaat wirklich für wichtig hält und wer ihn deshalb erhalten will, der muss alles dafür tun, dass er hervorragend funktioniert und seine Aufgaben effizient erfüllt.

Ich habe sehr bewusst gesagt: In der Auseinandersetzung mit den Gegnern des Sozialstaates werde ich *mit dem Herzen* immer auf Seiten seiner Verteidiger stehen. Mein *Verstand* sagt mir allerdings, dass die Sache komplizierter ist. Mein Verstand sagt mir: Wer den Sozialstaat *wirklich* will, der darf dies nicht aus der Defensive heraus tun! Wer den Sozialstaat wirklich will, der darf über seine deutlich erkennbaren Defizite nicht schweigen! Gerade wer will, dass der Sozialstaat im 21. Jahrhundert in Deutschland eine Zukunft hat, der muss alles daran setzen, dass er besser funktioniert als bisher.

Verteidigt man dagegen Dinge, die erkennbar nicht mehr gut genug funktioniert, dann leistet man dem eigenen Anliegen letztlich einen Bärendienst. Dann nämlich spielt man denen in die Hände, die hämisch mit dem Finger auf die Schwächen des bestehenden Sozialstaates zeigen - und zwar gerade *nicht*, weil sie anstreben, den Sozialstaat besser zu machen. Dann spielt man denen in die Hände, die den Sozialstaat langfristig abwickeln wollen.

Und deshalb: Sozialdemokraten dürfen im 21. Jahrhundert keine Sozialstaatskonservativen sein. Sozialdemokraten müssen die Ersten sein, wenn es darum geht, den Sozialstaat zu erneuern und zu verbessern. Gerade wir müssen uns immer wieder aufs Neue fragen, ob wir wirklich alles dafür tun, das Versprechen der sozialen Demokratie mit Leben zu erfüllen.

Dieses Versprechen hat immer darin bestanden, mehr Menschen bessere Lebenschancen zu eröffnen: die Chance zur Teilhabe an unserer Gesellschaft, die Befähigung und die ganz praktisch erlebbare Möglichkeit, eigene Lebenspläne zu verwirklichen.

Dieser offensive Anspruch, die Menschen zu stärken, ihnen neue Wege zu einem selbst verantworteten Leben zu eröffnen - genau das muss nach Jens Bullerjahn's und meiner Überzeugung die zentrale Messlatte für die Qualität sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert sein. Genau daran bemisst sich, wie gut wir sind.

Das ist der entscheidende Grund, weshalb wir heute sagen: Der traditionelle nachsorgende Sozialstaat, derjenige Sozialstaat, der „reparierend“ allzu oft erst dann eingreift, wenn der Schaden schon eingetreten, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist - dieser nachsorgende Sozialstaat ist nicht mehr auf der Höhe unserer Zeit.

Und deshalb müssen wir nicht nur *umdenken*, wir müssen auch *umsteuern*. An die Stelle des nachsorgenden Sozialstaats des 20. Jahrhunderts muss im 21. Jahrhundert der vorsorgende Sozialstaat

Treten, ein Sozialstaat, der wo immer möglich in die Fähigkeit der Menschen investiert, sich selbst zu helfen.

Wir müssen also darüber reden, wie es dazu gekommen ist, dass der bestehende, der überwiegend nachsorgende Sozialstaat zugleich in eine Leistungskrise und in eine Legitimationskrise geraten ist. Und wir müssen darüber reden, auf welche Weise das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats eine Antwort auf diese Krise des bestehenden Sozialstaats sein kann.

Anrede

Wie dringend die Debatte darüber ist, welchen Sozialstaat wir in Deutschland brauchen, das hat sich in den vergangenen Wochen gerade erst wieder gezeigt.

Wir haben in diesen vergangenen Wochen eine bemerkenswerte und außerordentlich aufschlussreiche Debatte erlebt. Es war eine Debatte, die der Vorsitzende der SPD am 8. Oktober mit einer sehr ehrlichen, in der Sache unbestreitbaren Feststellung angestoßen hat.

Im Interview mit einer Sonntagszeitung erklärte Kurt Beck wörtlich: [ZITAT] „Die Gesellschaft hat an Durchlässigkeit verloren. Das ist eine Entwicklung, die wir dringend ändern müssen. Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie finden sich mit ihrer Situation ab. Sie haben sich materiell oft arrangiert und ebenso auch kulturell.“ [ZITAT ENDE]

Zu den Verhältnissen, die er hier beschrieb, fügte Kurt Beck nachdenklich und vorsichtig hinzu: [ZITAT] „Deutschland hat hier ein zunehmendes Problem. Manche nennen es ‚Unterschichten-Problem‘.“ [ZITAT ENDE]

Da war es gefallen, das Wort, an dem sich die teilweise hitzigen Diskussionen der vergangenen Wochen entzünden sollten.

Diese Diskussionen haben zum Teil bizarre Züge getragen. Und sie gingen deshalb zumeist an dem wichtigen Kern dessen vorbei, was Kurt Beck da angesprochen hatte. Wohlgemerkt: Kurt Beck hatte sich den Begriff der „Unterschichten“ nicht zueigen gemacht. Er hat ihn sozusagen in Anführungszeichen ausgesprochen. Und trotzdem setzte sofort eine wilde Auseinandersetzung über Begriffe ein. Und eine Auseinandersetzung um Schuldige.

- Sofort meldeten sich einzelne zu Wort und sagten: Nein, Kurt Beck habe da Unrecht. Es gebe in Deutschland gar keine sozialen Schichten, und folgerichtig könne es also auch keine „Unterschichten“ geben.
- Andere dagegen erklärten: Ja, Kurt Beck habe da ganz Recht. Das von ihm angesprochene Problem gebe es in unserer Gesellschaft wirklich, und es sei auch ein sehr ernsthaftes Problem - aber wir sollten lieber nicht darüber reden.
- Wieder andere meinten: Ja, Kurt Beck habe sehr wohl Recht. Das von ihm benannte Problem existiere tatsächlich. Aber es sei ein ganz neues, sozusagen ein selbst gemachtes Problem. Schuld daran seien nämlich die Reformen der rot-grünen Bundesregierung. Kurt Beck solle sich also erst einmal an die eigene Nase fassen.
- Noch andere erklärten: Ja, Kurt Beck habe da schon Recht. Natürlich gebe es in Deutschland ein Unterschichtenproblem. Aber das sei nun einmal so, das habe es immer gegeben, das werde es immer geben, und da könne man nun einmal nichts machen.

Anrede

Verleugnen und Mutlosigkeit, Schuldzuweisungen, nackter Zynismus und müder Fatalismus - alle diese Reaktionsmuster auf die knappen und klaren Sätze Kurt Becks haben wir in den vergangenen Wochen erlebt. Das alles hilft uns aber kein Stück weiter!

Recht haben alle diejenigen, die sagen: Ja, es gibt hier ein großes Problem! Und Recht haben alle diejenigen, die sagen: Wenn es hier ein großes Problem gibt, dann dürfen wir ihm nicht weiter ausweichen. Dann dürfen wir nicht einfach auf den ausgetretenen Pfaden weiterwandeln. Dann müssen wir Konsequenzen ziehen. „Die Gesellschaft hat an Durchlässigkeit verloren. Das ist eine Entwicklung, die wir dringend ändern müssen“. So hat es Kurt Beck formuliert. Und genau darum geht es.

Anrede

Was kennzeichnet die soziale Situation in unserem Land? Über welche Probleme reden wir? Was ist der Hintergrund für die Debatten, die wir gegenwärtig führen? Welche Indizien haben wir dafür, dass unser herkömmliches Sozialstaatsmodell ganz einfach nicht gut genug funktioniert?

Zunächst: So neu sind viele der Phänomene keineswegs, die heute unter Begriffen wie „Neue Armut“, „Neues Unten“, „Neue Prekarität“ oder „Neue soziale Frage“ geführt werden.

■ In der alten, der westdeutschen Bundesrepublik überschritt die Arbeitslosenzahl 1975 zum ersten Mal die Millionengrenze - damals ein ungeheurer Schock. Seither ist sie mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen. Die verfestigte Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist also weder - wie manche meinen - eine Folge der deutschen Einheit, noch ist sie eine plötzlich eingetretene Erscheinung aus der jüngsten Vergangenheit. Wir reden über eine in langen Jahren entstandene Misere. Im internationalen Vergleich besonders erschreckend ist dabei die in Deutschland außergewöhnlich hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen und gering qualifizierten Erwerbslosen.

■ Hinzu kommt eine strukturell wachsende Armut, von der in Deutschland besonders Alleinerziehende, Arbeitslose, Kinder und junge Erwachsene betroffen sind - deutlich überproportional in Ostdeutschland.

■ In jüngerer Zeit erleben wir nun in zunehmendem Maße, wie die „alten“ soziale Fragen der Armut und der Arbeitslosigkeit mit neuen Fehlentwicklungen gefährliche neue Mischungsverhältnisse eingehen:

- Festzustellen sind massive Bildungs- und Ausbildungsdefizite.
- Festzustellen ist das vermehrte Auftreten von Fehlernährung mit der Folge zunehmender Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Diabetes;
- Festzustellen sind Suchtprobleme und unnötiger früher körperlicher Verfall;
- Festzustellen sind Tendenzen der Desintegration bei bestimmten Gruppen von Einwanderern;
- festzustellen ist - auch darauf hat Kurt Beck zu Recht hingewiesen - in bestimmten Milieus unserer Gesellschaft ein rückläufiger Aufstiegszwillen, wachsende Mut- und Hoffnungslosigkeit.

Anrede

Diese und weitere Fehlentwicklungen haben die Tendenz, sich wechselseitig zu verstärken und negativ zu beeinflussen. So treiben beispielsweise unter den Erwerbstätigen 44 Prozent Sport - aber nur 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen. Ähnliches gilt für das ehrenamtliche Engagement, ähnliches gilt für das aktive kulturelle Interesse, ähnliches gilt für den Kontakt mit Bekannten und Verwandten.

Auf diese Weise entstehen Teufelskreise: Teufelskreise aus Armut, aus mangelnder Bildung, aus schwindenden Erwerbschancen, aus Sozialtransferkarrieren, aus zunehmender Mutlosigkeit, aus weiterem Motivationsverlust - und damit weiter schwindenden Chancen, jemals wieder ein Leben aus eigener Kraft und auf den eigenen Beinen zu führen.

Es ist übrigens nicht das zeitweilige Fehlen von Geld, das Menschen in solche Teufelskreise stürzt - die meisten von uns haben schon Lebensphasen erlebt, so genannte „Armutspassagen“, in denen wir für eine Weile mit geringen Mitteln haushalten mussten, etwa während der Ausbildung. Dies zu erleben ist nicht schön, aber es ist auch weder ungewöhnlich noch schädlich.

Dasselbe gilt grundsätzlich auch für den Verlust eines Arbeitsplatzes. Auch dies muss Menschen prinzipiell nicht zu einer dauerhaften Existenz am Rande der Gesellschaft verdammen - vorübergehende Lebensabschnitte der Arbeitslosigkeit und der Arbeitssuche wird es gerade in einer dynamischen Wirtschaft immer wieder geben.

Weder zeitweilige Geldknappheit noch zeitweilige Erwerbslosigkeit müssten also notwendigerweise die großen existentiellen Bedrohungen sein, als die sie in Deutschland von vielen Menschen erlebt werden. Sie müssten *dann* nicht als dramatische Bedrohungen erlebt werden, wenn klar wäre, dass „einmal arm“ nicht zugleich „immer arm“ heißt und „einmal arbeitslos“ nicht zugleich „immer arbeitslos“.

Genau diese Befürchtung aber ist in Deutschland besonders weit verbreitet - und zwar bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft hinein. Wir müssen konstatieren: Der bestehende nachsorgende Sozialstaat trägt offenbar wenig bis nichts dazu bei, den Menschen diese Befürchtungen zu nehmen. Genau das zehrt an seinem Ruf, und es untergräbt seinen guten Namen.

Anrede

Vor allem die Angehörigen der erwerbstätigen Mitte unseres Landes tragen den deutschen Sozialstaat. Alle diese vielen Leistungsträger des Alltags sind es, die den Sozialstaat mit ihren Beiträgen und Steuerleistungen finanzieren: die Facharbeiter und Angestellten, die Techniker und Ingenieure, die Handwerker, Krankenschwestern oder Lehrer. Auf *ihre* fortgesetzte Bereitschaft zur Solidarität mit den Schwächeren wird es auch weiterhin ankommen, ohne die Zustimmung der gesellschaftlichen Mitte verliert der Sozialstaat auf die Dauer seine Legitimation. Und deshalb muss diese Zustimmung immer wieder neu gesichert werden. Heute aber erlebt die Mitte unserer Gesellschaft den bestehenden Sozialstaat zunehmend nicht mehr als Erfolgsmodell - und zwar gleich in zweifacher Weise nicht:

■ *Zum einen* breitet sich die erwerbstätige Mitte zurzeit der Eindruck aus, sie, die Mitte sei so etwas wie der überladene Lastesel der Nation. Wir wissen das aus vielen Gesprächen, wir wissen es auch aus wissenschaftlichen Untersuchungen - beispielsweise aus der aktuellen großen Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Mitte der Gesellschaft finanziert zu guten Teilen den Sozialstaat, aber sie erlebt diesen Sozialstaat nicht mehr in ausreichendem Maße als ein Erfolgsmodell - als ein Erfolgsmodell, von dessen Funktionieren auch sie selbst profitieren würde - etwa durch ein hervorragendes Bildungssystem von der Kita bis zur Universität, durch effiziente Arbeitsvermittlung, durch eine moderne soziale Infrastruktur oder durch eine hervorragende Familienpolitik, die Familie und Beruf miteinander vereinbar macht.

■ *Zum anderen* erlebt die gesellschaftliche Mitte, dass die hohen und von ihr wesentlich finanzierten sozialpolitischen Aufwendungen für das untere Drittel der Gesellschaft bei weitem nicht so nachhaltig und ergiebig wirken, wie sie wirken müssten.

Tatsächlich ist der deutsche Sozialstaat keineswegs ein billiger Sozialstaat. Die sozialen Transferleistungen etwa im Fall von Erwerbslosigkeit sind in Deutschland im internationalen Vergleich hoch. Dasselbe gilt für die Aufwendungen für die Familien oder für die Gesundheitskosten. Und auch das deutsche Bildungswesen funktioniert nicht in erster Linie deshalb so unbefriedigend, weil wir es uns zu wenig kosten ließen.

Grundsätzlich gilt: Wir lassen uns das Soziale in Deutschland viel Geld kosten - in bester Absicht, aber leider nicht mit den besten Ergebnissen. Was im Verhältnis zum betriebenen sozialstaatlichen Aufwand deutlich zurückbleibt, das sind die positiven Resultate, das sind Lebenschancen und Aufstiegschancen für mehr Menschen.

Dass sich mit vergleichbarem finanziellem Aufwand weitaus bessere sozialstaatliche Resultate erzielen lassen - auch das zeigt der internationale Vergleich, vor allem der Vergleich mit den skandinavischen Sozialstaaten. Es bleibt dabei: Die Qualität eines Sozialstaates lässt sich nicht in erster Linie an der Höhe der sozialen Transferzahlungen ablesen.

Anrede

Es kann überhaupt nicht eindringlich genug betont werden, dass von einer erfolgreichen Sozialpolitik für das untere Drittel unserer Gesellschaft auch das mittlere und das obere Drittel profitieren würden.

Weniger Arbeitslosigkeit, die gelingende Integration von Einwanderern, abnehmende Kriminalitätsraten, bessere Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen, hervorragend ausgebildete Schüler und Arbeitskräfte, bessere Startchancen für junge Leute -

das alles wären überzeugende Vorzüge eines besser funktionierenden, aktivierenden und in die Menschen investierenden Sozialstaates. Und diese Vorzüge würden der *gesamten* Gesellschaft ganz direkt zugute kommen.

Oft wird gesagt: „Nur Reiche können sich einen abgemagerten Sozialstaat leisten.“ Aber nicht einmal das stimmt: Noch der reichste Unternehmer ist auf exzellente Fachkräfte, gesunde Mitarbeiter, ein intaktes gesellschaftliches Klima und eine ausgebaute soziale Infrastruktur angewiesen - alles Dinge, die er selbst nicht hervorbringen kann; alles Dinge, die kein Unternehmer selbst, sondern nur ein funktionierender vorsorgender Sozialstaat gewährleisten kann. Dieser funktionierende vorsorgende Sozialstaat ist keine wirtschaftliche Belastung, kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche Produktivkraft.

Anrede

Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat bedeutet einen dringend notwendigen Paradigmenwechsel und eine handfeste sozialdemokratische Vision für das 21. Jahrhundert. Dieser Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten - und er schafft die *Voraussetzungen* dafür, dass sie dies auch wirklich *können*. Deshalb setzt der vorsorgende Sozialstaat intensiv auf hochwertige Bildung und Gesundheitsprävention - und zwar von Anfang an. Er fördert Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigung, und er verhindert Armut.

Wer immer in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland eine Rente beziehen will, muss ein dringendes Interesse daran haben, dass wir das Leitbild des vorsorgenden Sozialstaates Schritt für Schritt, aber sehr energisch und systematisch verwirklichen. Vorsorgender Sozialstaat und funktionierende Ökonomie - das sind zwei Seiten derselben Medaille.

Wer eine prosperierende Wirtschaft will, der muss unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts vernünftigerweise zugleich einen Sozialstaat befürworten, der systematisch in die Menschen und die soziale Infrastruktur investiert.

Genau hier schließt sich der Kreis meiner Argumentation. Den *dieser* vorsorgende Sozialstaat, da bin ich mir ganz sicher, muss dann nicht mehr mit Zähnen und Klauen und Trillerpfeifen gegen ständige Angriffe verteidigt werden. *Dieser* vorsorgende Sozialstaat wird keine Akzeptanz- und Legitimitätsprobleme haben. *Dieser* vorsorgende Sozialstaat wird mehr Lebenschancen für mehr Menschen eröffnen - und er wird sich durch seine Leistungsfähigkeit Tag für Tag selbst legitimieren.

Anrede

Der vorsorgende Sozialstaat ist ein anspruchsvolles Vorhaben, das nicht über Nacht zu verwirklichen sein wird. Es geht hier um den grundlegenden Bezugsrahmen und die grundlegende Richtung sozialdemokratische Politik. Diese grundsätzliche Richtung einzuschlagen und mit aller Intensität zu verfolgen - das allerdings ist die Empfehlung, die Jens Bullerjahn und ich der SPD mit unserem gemeinsamen Beitrag zur Grundsatzprogrammdiskussion mit Nachdruck unterbreiten wollen.